

# Viele offene Fragen zum Hallenbad-Neubau

Entsteht ein neues Bad im Eifgen oder doch bei Rhombus? Die WNKUWG fordert, die Bauprojekte Bad, Kunstrasen und Sekundarschule aufeinander abzustimmen. SPD besichtigt neues Bad in Wiehl.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

**WERMELSKIRCHEN** Die Pläne eines Investors, ein Hallenbad, Hotel und eine Parkpalette auf dem Rhombus-Gelände an der Dellmannstraße zu bauen (BM berichtete), bringt neue Akzente in die politische Diskussion über einen Bad-Standort. Die WNKUWG-Fraktion fordert, die Großprojekte Kunstrasenplatz, Hallenbad und Sekundarschule in einem Zusammenhang zu betrachten – räumlich, zeitlich und vor allem logisch. „Es müssen die richtigen Fragen in der richtigen Reihenfolge gestellt werden, weil die Antwort zu Frage weitere Fragen beeinflusst“, begründet Walter Thiel, sportpolitischer Sprecher der Fraktion.

Er will von der Verwaltung wissen, ob sichergestellt ist, dass der Rasenplatz im Eifgen tatsächlich in Kunstrasen umgewandelt werden kann. Über Jahrzehnte sei dies nämlich von Stadtverwaltung, Gutachtern und Anbietern stets mit dem Hinweis auf den Untergrund, die

Feuchtigkeit, die Beschattung und den Laubeintrag verneint worden. Thiel: „Ist dies heute mit sich weiterentwickelnder Technik nunmehr doch möglich?“

Zudem soll geklärt werden, ob der Ascheplatz im Eifgen für den Neubau eines Hallenbades ideal sei. Denn dieser Standort sei von der Verwaltung jahrelang mit dem Hinweis auf eine ungünstige energetische Lage ausgeschlossen worden. Zudem regt Thiel an, zu prüfen, ob auf der Fläche zwischen Neuschäferhöhe, Schillerstraße, Königstraße und Krankenhaus die Sekundarschule und das Hallenbad errichtet werden könnten. „Schule, Hallenbad und Krankenhaus könnten an dieser Stelle wertvolle Synergieeffekte schaffen“, meint er. Auch die Investorenpläne für ein Bad bei Rhombus greift die WNKUWG auf. Thiel will wissen, ob sich die Verwaltung informiert habe, wie hoch die Kosten für ein langfristiges Mieten eines Hallenbades sowie von Dauerparkplätzen sein könnten?

Unterdessen hat die SPD-Fraktion das neu gebaute Hallenbad der Stadt Wiehl besichtigt und Gespräche mit den Verwaltungsmitarbeitern geführt. Im Beisein von Bürgermeister und Kämmerer informierten sich die Sozialdemokraten über den Entscheidungs-, Planungs- und Bauprozess, sagt Jochen Bilstein.

Dazu gehörten auch detaillierte Aussagen zur Fremdvergabe von Leistungen zur Entlastung der Fachverwaltung. Die Verantwortlichen aus Wiehl gaben den Hinweis, vor Entscheidungen über Ausstattung und Umfang eines Bades möglichst viele vergleichbare Neubauten zu besichtigen sowie eine genaue Analyse der Nutzergruppen und Bedürfnisse vorzunehmen. Auf großes Interesse der Wermelskirchener stieß das Thema Baukosten. Das Budget von 13,4 Millionen Euro brutto (davon acht Millionen reine Baukosten) für das Bad in Wiehl werde laut Bilstein „nur um rund 500.000 Euro überschritten“. Das Hallenbad in Wiehl verfügt über ein 25-Meter-Becken mit fünf Bahnen, ein Mehrzweckbecken mit Hubboden, eine Wasserlandschaft für Kinder und eine 60-Meter-Rutsche. Im Außenbereich gibt's ein Becken mit Sprungturm, ein Solebecken sowie einen Liegebereich.

Eine endgültige politische Entscheidung über den Bad-Neubau in Wermelskirchen soll laut Aussage des Bürgermeisters im Juli fallen.



„Es müssen die richtigen Fragen in der richtigen Reihenfolge gestellt werden“

Walter Thiel  
WNKUWG

W&A  
44.

## WNK/UWG <sup>WG 1</sup> 3.4. hat Fragen zu Stadtplanung

Die Fraktion WNK/UWG schlägt vor, künftig die Themen „Kunstrasenplatz“, „Hallenbad“ und „Sekundarschule“ in einem Zusammenhang zu betrachten: „räumlich, zeitlich und vor allem logisch“, meint der sportpolitische Sprecher Walter Thiel: „Hierbei müssen die richtigen Fragen in der richtigen Reihenfolge gestellt werden, weil die Antwort zu Frage eins Frage zwei usw. beeinflusst.“ Fraglich sei beispielsweise, ob das Stadion im Eifgen wirklich in Kunstrasen umgewandelt werden könne. „Über Jahrzehnte wurde dies von der Verwaltung, Gutachtern und Anbietern stets mit Hinweis auf den Untergrund, Feuchtigkeit, Beschattung und Laubeintrag verneint“, schreibt Thiel. Darüber hinaus fragte er sich, ob der Standort Ascheplatz Eifgen für das neue Hallenbad ideal sei. Möglicherweise, so Thiel, könne auch die Fläche zwischen Neuschäferhöhe, Schillerstraße, Königstraße und Krankenhaus sich eignen, um die Sekundarschule und das Hallenbad neu zu bauen. acs

## Fraktion fordert ein offizielles <sup>BM</sup> Bettel-Verbot <sup>13.04.</sup>

**WERMELSKIRCHEN** (ser) Die Fraktion der WNKUWG möchte Betteln in jeglicher Form in Wermelskirchen offiziell verbieten lassen. In einem Antrag an den Bürgermeister fordert Ratsmitglied Thorn Seidel jetzt für seine Fraktion eine „Ergänzung beziehungsweise Präzisierung des Ortsrechts zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“. „Durch dieses Verbot sollen die Bürger und Besucher unsere Stadt vor Belästigungen und Nötigungen geschützt werden“, sagt Seidel. Die neue Verordnung soll das Ordnungsamt in die Lage versetzen, gegen solche Handlungen vorzugehen. Der Antrag diene vor allem dem Schutz der Bürgerinnen und älteren Menschen.

Die WNKUWG macht einen Vorschlag, wie ein solches Verbot formuliert werden könnte. „Im gesamten Stadtgebiet ist jedwede Form nötigen Bettelns verboten. Insbesondere betrifft das das Betteln mit Kindern und/oder Tieren, Vortäuschen von Behinderungen, Verkauf von Druckerzeugnissen und deren Abonnements und alle anderen aufdringlichen Werbeaktionen.“ Ferner sei dabei jede Form von Bedrängen, Anfassen, Festhalten und Versperren des Weges untersagt. Diese Verbote sollen auch als Verhaltensregel für alle Großveranstaltungen in der Stadt gelten. Verstöße sollen mit einer Geldbuße, gegebenenfalls auch mit einer Strafanzeige geahndet werden.

## WNK/UWG will „Betteln“ <sup>WG 1</sup> verbieten <sup>13.04.</sup>

Die Fraktion der WNK/ UWG möchte das „Betteln“ in Wermelskirchen offiziell verbieten lassen. In einem Antrag an den Bürgermeister fordert Ratsmitglied Thorn Seidel jetzt für seine Fraktion eine „Ergänzung beziehungsweise Präzisierung des Ortsrechts zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“. „Durch dieses Verbot sollen die Bürger und Besucher unsere Stadt vor Belästigungen und Nötigungen geschützt werden“, sagt Seidel. Der Antrag diene vor allem dem Schutz der Bürgerinnen und älteren Menschen.

Die WNK/ UWG macht einen Vorschlag, wie ein solches Verbot formuliert werden könnte: Im gesamten Stadtgebiet sei jedwede Form „nötigen Bettelns“ verboten. Insbesondere betreffe dies das Betteln mit Kindern und/oder Tieren, Vortäuschen von Behinderungen und aufdringliche Werbeaktionen. Ferner sei dabei jede Form von Bedrängen, Anfassen, Festhalten und Versperren des Weges untersagt. ser